

Er scheint täglich
nachmittags mit Ausnahme der
Sonn- und Feiertage.

Abonnementpreis
monatlich 50 Pf., jährlich 1.50 Pf.
Prämium frei ins Haus. Durch
die Post bezogen 1.65 Pf.

„Die Neue Welt“
(Unterhaltungsbeilage), durch
die Post nicht bezugsbar, kostet
monatlich 10 Pf., jährlich 30 Pf.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weitzenfels-Zeitz,
Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047.

Redaktion und Expedition: Geißeustraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telegraph-Adresse: Volksblatt Halle/Saale.

Insertionsgebühren
Beträgt für die Spaltenbreite
Zeile oder deren Raum
15 Pf. für Wohnungs-
Bereits- und Veranlagungs-
anzeigen 10 Pf.
Im rechteckigen Falle
folgt die Zeile 50 Pf.

Interesse für die fällige
Nummer müssen spätestens bis
vormittags 7 1/2 Uhr in der
Expedition aufgegeben sein

Eingetragen in die Post-
zeitungsliste unter Nr. 7000.

Nr. 107.

Sonntag den 9. Mai 1897

8. Jahrg.

Wie die englischen Eisenbahnen ihren Direktionen Respekt beigebracht haben.

Seit Beginn dieses Jahres sind der Organisation der englischen Eisenbahnen mehr als 17 000 neue Mitglieder beigetreten. Selbst in der Geschichte der englischen Gewerkschaftsbewegung ist ein derartiger Aufschwung ein unerhörtes Ereignis. In 25 Jahren zäher und harter Arbeit war es dem Verein nicht gelungen, mehr als 40 000 Eisenbahner zu organisieren. Später als die Arbeiter anderer Berufe waren die Eisenbahner in die gewerkschaftliche Bewegung eingetreten, nur langsam lernten sie den Wert der Organisation verstehen, deren Ausbau sich unter ungeheuren Schwierigkeiten vollzog. Und nun, welche Wendung durch — den dummen und feigen Angriff einer Eisenbahngesellschaft!

In der ersten Dezemberwoche wurden 85 Bedienstete der London und North Western-Eisenbahn — der reichsten und mächtigsten Gesellschaft — wegen ihrer Zugehörigkeit zur Gewerkschaft gemeldet. Ein besonderer Anlaß lag nicht vor. Zwar sind die Eisenbahner aus den Trades Unions-Kongressen vertreten, in der „Gewerkschaftskommission“ sibt Edward Garford, der Generalsekretär der Amalgamated Society, und wiederholt haben die Eisenbahner durch politische Resolutionen und ähnlichen „Anfang“ ihren statutenmäßigen Wirkungsbereich überschritten — aber daran hat man sich in England nachher abgewöhnt. Eine Maßregelung unter solchen Vorwänden, wäre sie überhaupt möglich, würde in England auch nicht als ein dummes und feiges Vergehen, sondern als Tölpelheit gelten. Die Direktion behauptete vielmehr, daß ein Streik auf ihren Linien geplant werde und wollte diese Gefahr durch Einschüchterung der Angestellten abwenden. Die ältesten und erprobtesten Mitglieder der Organisation — wie überall zugleich die ältesten und erprobtesten Arbeiter wurden von den Statensvorständen inquiriert. Werden Sie im Falle eines Streiks, so lautete die stereotype Frage, „den Befehlen ihrer Gewerkschaft Folge leisten oder treu zur Gesellschaft stehen?“ Ohne Überlegung antworteten die Befragten, daß ihnen von einer Pflicht zum Streik nichts bekannt sei, daß sie aber unter allen Umständen die Pflicht gegen ihre Genossen erfüllen würden. Daraufhin wurden sie ohne Kündigung sofort entlassen.

Die ersten Nachrichten fanden in der Öffentlichkeit keinen Glauben. Die Maßregelung freilebender Arbeiter werden noch verteidigt werden können. Aber niemand hielt den Versuch für möglich, daß eine Eisenbahndirektion durch so niedrige und nichtberührende Mittel das Koalitionsrecht ihrer Angestellten bedrohen wolle. Als jedoch jeder Tag die Meldung neuer Entlassungen brachte, da erhob sich die öffentliche Meinung des ganzen Landes wie ein Mann. Mit leidenschaftlicher Heftigkeit denunzierte selbst die konservative Presse die Direktion, und eine mächtige Bewegung ergriff die Gewerkschaften. Die Eisenbahner rüsteten zu einem Aushreißer, der unvermeidlich sein, wenn nicht alle gemeldeten Arbeiter sofort wieder aufgenommen wurden. Die Organisation verfügt über ein Vermögen von fast vierzehnhundert Millionen Mark, und die Rosten aller anderen Trade Unions ständen ihr zu Gebote. Ein Eisenbahnerstreik von unerhörten Dimensionen sollte die Antwort auf das freche Attentat sein —: da giß die Regierung ein, eine konservative Regierung, die keineswegs besonderer Sympathien für die Arbeiterschaft bescheidig sein kann, um zu vermitteln. Die Direktion suchte einzulenken. „Sie sei bereit, eine Deputation der Gewerkschaften zu empfangen“ — erklärte sie dem Handelsminister —, wenn diese wünschenswert wären, sie behalten zu erklären. Aber sie konnte nicht dulden, daß sich dritte Parteien in ihre Verhandlungen zu ihren Angestellten einmischen. Diese Worte bezog sich auf ein Zirkular, das der Generalsekretär Garford im November an alle Direktionen gerichtet hatte, worin er die Fälligkeit des Eisenbahnerkongresses mitteilte und um Antwort, respektive um die Anordnung einer Konferenz zur Diskussion der Forderungen einzelner Kategorien ersuchte. Die dritte Partei, mit der die Direktion nichts zu thun haben wollte, war die Organisation und ihre Vertreter.

Der Handelsminister begriß die Lage. Er verhandelte mit Herrn Garford, dem Generaldirektor der Nordwestbahn, als dem bestellten Vertrauensmann der Unternehmer, und mit Garford, dem Generalsekretär der Eisenbahner, als dem bestellten Vertrauensmann der Arbeiter — nicht mit dem Gewerkschaften. Er anerkannte die Organisation der Arbeiter und zwang die Eisenbahngesellschaft, sie anzuerkennen. Vierundzwanzig Stunden, nachdem sich die Direktion feierlich gegen die Einmischung dritter Parteien verweigert hatte, schloß sie mit dieser dritten Partei einen demütigenden Vertrag. Alle gemeldeten Arbeiter mußten wieder aufgenommen werden und erhielten für die Tage ihres unfreiwilligen Freiens den vollen Lohn. Die Direktion verpflichtete sich ferner, die

Forderungen der Angestellten zu prüfen und mit deren Vertretern zu verhandeln, was sie durch mehr als zwei Jahre hartnäckig abgelehnt hatte. Sie war ausgezogen, um der Gesellschaft einen tödlichen Stoß zu verlesen, und mußte nun schimpflich kapitulieren vor der Stärke dieser Gesellschaft, vor der Einmütigkeit der öffentlichen Meinung und vor einem Minister, der sich nicht als Agenten der Unternehmer betrachtete, der begreifen gelernt hat, daß das Interesse des Staates nicht durch die Bestrebungen der Arbeiter, sondern durch die brutale und niedrige Proflustigkeit der Kapitalmagazine bedroht wird. Niemand hat die gewerkschaftliche Bewegung einen stolzeren Triumph gefeiert, niemals die Koalition der Unternehmer eine schmählendere Niederlage erlitten.

Der Angriff der Nordwestbahn war nur ein Vorstoß, dem Kampf auf der ganzen Linie folgen sollte. Andere große Eisenbahngesellschaften waren bereit, das gegebene Beispiel nachzuahmen. Die Westbahn zum Beispiel hatte ihre Beamten schon beauftragt, die Vertrauensmänner der Arbeiter zu maßregeln. Alle diese Pläne waren mit einem Schlag vernichtet, und die Direktionen weitestgehend nun in Zugeschäftnissen an ihre Bediensteten. Seit dem 10. Dezember 1896, dem Tage des Sieges der Gewerkschaft, ist keine Woche vergangen, in der nicht wichtige Ergründungen sind nachgehend nicht allein aus Furcht, sondern auch weil der unmittelbare mündliche Verkehr mit den Delegierten der Arbeiter und den Führern der Gewerkschaft die Schaffung und Verbitterung bezieht, die das System der Spionage und der Spionage notwendig erzeugen muß. Die letzten Tage haben neuerlich den Beweis erbracht, daß die Anerkennung der Organisation das eigene Interesse der Direktionen fördert. Ein Streik auf den Linien der Nordwestbahn, aus geringfügigem Anlaß entstanden, wurde durch die Intervention Garfords beigelegt, und da sich der Verwaltungsrat nicht entschließen konnte, alle Forderungen der Arbeiter zu bewilligen und die jährlichen Betriebskosten um 380 000 Pfund (mehr als dreieinhalb Millionen Mark) zu erhöhen, so wurde ein Streikverbot erlassen, das aus dem Generaldirektor der Nordwestbahn, dem Generalsekretär der Eisenbahner und Lord Rosebery, dem Ministerpräsidenten des letzten liberalen Kabinetts, besteht.

Die Eisenbahner haben nun die Macht der Organisation kennen gelernt. Nicht überall mag die öffentliche Meinung den Kampf entschieden, nicht überall ein Minister sich finden, der so verständig und so energiegel ist, wie Mr. Ritchie — um so größer aber der Sieg, der eigener Kraft allein verdankt wird.

Lagegeschichte.

Waisfester im Reichstage. Der Reichstag hat — wahrscheinlich zum höchsten Entzuen vieler und nicht minder zur Enttäufung der ausgesprochenen Arbeiterfeinde, denen die Waisfester vor allem aus äußerster Verhaftung ist — am 1. Mai keine Sitzung abgehalten. Natürlich nicht, um gleich dem laffenbewussten Arbeiter für die Waisforderung des Proletariats zu demonstrieren, der Rot gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, mußte er sich entschließen, am Sonntag die Sitzung ausfallen zu lassen. Schwer genug mag es den Reaktionsären verschiedener Kalibers geworren sein, sich dazu zu entschließen. Aber was sollten die Herren machen? Beschlußfähig ist der Reichstag seit Wiederaufnahme der Arbeiten nach der Osterferien noch nicht gewesen und wird es auch wohl so bald nicht werden. Und da mußte man sich denn wohl oder übel einmal dem Wunsche der sozialdemokratischen Fraktion fügen und den Montag freigegeben, da diese erklärte, abends fünf am Sonntagabend sofort mit Beginn der Beratungen die Beratung beantragen und die Beschlußfähigkeit anzuweisen zu wollen. Es ist nicht mehr wie billig, auf die Bedürfnisse der sozialdemokratischen Mitglieder des Reichstages ebensoviel Rücksicht zu nehmen, wie auf die der Hurrapartoten, derenwegen für die Tage der Jenaerfeier zwei Sitzungen ausfielen. So kam es, daß der Reichstag auch am 1. Mai die Arbeit ruhen ließ.

Der v. Tausch Projekt wird am 24. Mai beginnen. Für die Verhandlung, die im Saal 64 in Alt-Modell stattfinden wird, ist die ganze Woche vom 24. bis 29. Mai in Aussicht genommen.

Schnellfeuergeschütze sollen, wie die West. Ztg. erzählt, demnächst bei einer Anzahl von Feldartillerie Regimentern zur probeweisen Einführung gelangen. Bei dem schlechtesten Feldartillerie Regiment v. Bauder soll ein Teil des neuen Materials bereits angekommen sein und wird das Schnellfeuerzieren mit den alten Geschützen schon ausgeübt. — Wir wissen nicht, daß die Mittel für diese Dinge schon vom Parlament bewilligt worden wären!

Eine Verbesserung der Gefindeordnung wird in Bayern beabsichtigt, obwohl die dort bestehende Gefindeordnung ungenügend genug für die „Bediensteten“ beschaffen

ist. Der bairische Landwirtschaftsrat beschloß in seiner Plenarsitzung vom 4. d. M., daß Bestimmungen in die Gefindeordnung aufgenommen werden sollen, durch welche das Dienstverhältnis auf längere Zeit gebunden und seine Fortsetzung bei Berührung oder Verpachtung gesichert wird. Anstatt also die alten Uebelstände, unter denen das Gefinde leidet, zu beseitigen, sollen neue hinzugefügt werden. Rette Freunde der Landwirtschaft!

Verfassungsverbot wegen Scharlach! Ein aus dem alten beseitigten Adel stammender Herr v. Zigenitz auf Wuttrin entdeckte, daß der liberale pommerische Bauernverein Nordost in Klein Gauen seine Versammlung abhalten dürfte, weil die Teilnehmer sich — an Scharlach infizieren könnten! Außer dem Herrn v. Zigenitz weiß aber nach der Frankf. Ztg. niemand etwas davon, daß dort überhaupt Scharlach herrscht, selbst die Schulbehörde so wenig, daß der Unterricht ohne jede Pause erteilt wird. Herr v. Zigenitz ist jedoch Amtsadvokat und in Vollmacht dessen „verbietet“ er „aus sanitären Rücksichten“ die Versammlung.

Polizeilich beschlagnahmt wurde in Koblenz die im Verlage von Götter Schmidt in Bückris erichene Broschüre „Herr v. Tausch und die Verfasser der anonymen Briefe der Hofgesellschaft“.

Professor Hans Delbrück ist nunmehr zum Nachfolger Heinrich v. Treitschkes an der Berliner Universität bestimmt worden. Professor Delbrück war bisher außerordentlich ordentlicher Professor der Berliner Universität und erhielt somit eine ehrenvolle Stelle. In dem Kreise der unerschrockenen Historiker ist man mit diesem Nachfolger des hohenalters Professor Delbrück sich besonders in sozialpolitischen Fragen engem Interesse teilhaftig und abweichend von der jenseitigen ungenügenden Schabloneurteilung hat. Doch war kein Ansehen als Historiker wohl zu bezeichnen, als daß ihm die jenseitige Kluge seine Stellung hätte hinterzerrren können.

Stimm im Reichstag. Zwei Vorgänge auf sozialpolitischem Gebiete hatten die Lage nun auch für minder Engländer gelüftet, daß ein Zweifel über die herrschende Bindung nicht mehr möglich ist: Ein Antrag wurde, wie die Fr. Ztg. mitteilt, in Berlin abgelehnt, in dem eine Einigung über das Vereinsgesetz nicht gelang, so daß auf dessen Einbringung verzichtet werden muß. Das im Zusammenhang mit dem zweiten Beschluß, der gestern zusammengekommenen Verhandlung aus dem Vorhange der Reichstagskommission für Arbeiterstatistik geht an, daß der Reichstag am 1. Mai in der Lage, auf die Einlösung eines unbedingt gegebenen Versprechens verzichten zu müssen. Gehen die Dinge ihre natürliche Gang, dann können die Scharfmacher an die Stelle des Plathalters Hohenlohe bald den Mann ihrer eigenen Wahl setzen.

Ausland.

Italien. Nach Christigenen Muster versucht sein Nachfolger Rubini die soziale Frage zu lösen. Schon längst sind die größten Willkürlichkeiten gegen Arbeitervereine geübt worden, das Attentat Acciaris wurde zum Zweck einer Sozialstrafe und zur Unterdrückung der Bestrebten frustriert und die Strafmaßnahme mit politisch „Verdächtigen“, denen Staatsverhaftung auferlegt ist, angefüllt, ganz wie zu Christi Zeiten. Nun ist auch, um die Heidenbarten der Christlichen Vorden auf Sizilien nachzunehmen, die Soldateska auf hungernde Arbeiter losgelassen worden, und zwar in der Hauptstadt, in Rom. Am Montag demonstrieren 1500 Arbeiter gegen die Vergrößerung der Wertaufnahme des Hauses des Justizpalastes; sie wurden von der Polizei zerstreut. Einer Abordnung gelang es jedoch, zum Minister vorzudringen, der die Schuld auf den Baumstammnehmer schob. (1) Dienstag morgen versammelten sich wieder 1600 Arbeiter vor dem Johannesthor. Als sie friedlich in die Stadt zurückkehrten, wurden sie von Polizei und Militär gewalttätig zurückgebrängt. Auf den Ruf der Arbeiter: „Wir haben Hunger! Wir wollen Brot und Arbeit!“ antwortete die bewaffnete Macht mit einem Bajonettangriff. Im Kolosseum und auf dem Kapitol wurde je eine Kompanie Infanterie mit Kettene aufgestellt. Die Arbeiter sind höchst erittert.

Soweit die trappen Mitteilungen des Telegraphen. Augencheinlich will Rubini sich der Bourgeoisie als Retter der göttlichen Weltordnung“ in empfehlende Erinnerung bringen und beweisen, daß nicht nur Crispi, sondern auch

Der

Nur Montag, Dienstag u. Donnerstag, den 10., 11. u. 13. Mai cr. stift.

Reste- Ausverkauf

findet

Wir gestatten uns, das geehrte Publikum von Halle und Umgegend auf unseren **Beste-Ausverkauf**, welcher nur an den obengenannten Tagen stattfindet, aufmerksam zu machen. Es werden die unten angegebenen Reste zu bedeutend herabgesetzten Preisen ausverkauft.

Kleiderstoffe
Kattune
Musseline
Barchente

Gardinen
Portieren
Läuferstoffe
Möbelstoffe

Hemden-Leinen
Hemdentuche
Shirtings
Handtuchreste.

Gleichzeitig machen wir auf unsere Spezial-Abteilung in

= Damenputz =

in welcher wir ganz besonders leistungsfähig sind, aufmerksam.

Warenhaus

Richard Perlinsky & Co.

27 gr. Ulrichstr. 27.

Halle a. S.

27 gr. Ulrichstr. 27.

Albert Rosenthal
Halle a. S.
44 grosse Ulrichstr. 44
empfiehlt sein Lager
fertiger Anzüge
für Herren und Knaben
sowie dauerhafter
Arbeiter-Garderoben.
Grosse Auswahl. Billigste Preise.



Sparmann's
Reparaturwerkstatt
at. Steinstraße 47 neben Walballa
ist und bietet die billigste und schnellste
Eine fertige Durchsicht sowie genaue
Reparatur einer jeden Uhr. Neue Uhren
1 W. neuer Qualität 2 W. Reparaturen
1 W. Kapital 15 W. Schlüssel 5 W.
Garantie 2 Jahre.

Herren- und Knaben-, sowie
Arbeiter-Garderoben
empfiehlt in großer Auswahl zu billigsten Preisen
Theodor Burghaus
Halle a. S.
5 Geisstraße 5, im weißen Hof.

Tischler-Arbeiten
fertigt gut, sauber und billig
Tr. Unger,
Liebenauerstr. 10.
fertige Särge in großer Auswahl.
Großes frägliches
Hausbrotten-Brot
und wohlsmakendes
Frühstück
empfiehlt **E. Müller,** alter Markt
20.

Das
Schwarzen-Lager von
Aug. Schubert,
obere Leipzigerstraße 41,
empfiehlt seine: vor allem
Schuh-Baren
in großer Auswahl. Billig, sauber,
Reparaturen sofort
und gut.
Holzputzfabr. D. Grüdler
Riechstraße 11.
ein großes Lager u. Verkauf, on detail.
Gut u. schnell geacht. Holzputzfabr.,
Leber-, Tisch-, Sammel- und Kor-
putzfabr. u. den billigsten Fabrikpreisen.

Paul Böttchers Rasier-Salon,
Schülerhof 1 am Markt.
hält sich den Genossen bestens empfohlen:

× Spezial a. d. Wert 80 W. Weim.
× und Naturcell-Wolfrich „billig“
× und täglich frisch in der Fabrik
× Fischerplan 6.

3 Geschäfte in Berlin. **Robert Blumenreich** Beim Kauf strengste Diskretion.

liefert **Möbel Betten**

Waren-Kredit-Haus Polsterwaren

ersten Ranges **nur**

14 Leipzigerstr. 14

Manufaktur- und Modewaren **Konfektion** auf **Kredit**

Robert Blumenreich.

Geringe Anzahlungen! Kleine Anzahlungen!

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Kollektiven Genossenschafts-Buchdruckerei (G. G. u. b. S.) Halle a. S. Stern 1 Beilage.



Preussischer Reichstag.

217. Sitzung vom 7. Mai 2. Uhr.

Am Bundesratliche v. Bötticher.

In der dritten Beratung des Antrages Colbus und Gerners (Einführung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts für den Landesauschuss von Elsaß Lothringen) ist

Abg. Colbus (Erl.) um Annahme des Antrages im Interesse der Gleichberechtigung und zum Wohle Elsaß Lothringens. Dieser als der bisherige Zustand nach der Aufhebung des Landes-Aus-schusses. Man dürfe sich doch nicht wundern, daß die Verwirklichung des Landes so wenig Fortschritte macht und daß heute die Empörung für Deutschland gegen er sei als vor 1871. Nur Aufhebung der Exterritorialität, Befreiheit freie Wahl zum Landesauschuss würden im Elsaß Zufriedenheit schaffen.

Abg. Bredt (Erl.) polemisiert gegen eine Rede des Abg. Betti im Landesauschuss und gegen die reichliche Unterstützung unter katholischer Minderheit. Am Elsaß herrsche der Parteiapparat, der Landesauschuss sei nur das Zerstückelung einer Volksvertretung. Die Regierung habe in 26 Jahren nichts gelernt, die Bevölkerung warte nun endlich auf die Erfüllung der berechtigten Wünsche.

Abg. Oberregierungs-Rat Groll vertritt die notwendige Anwendung des Exterritorialprinzips gegen zwei Blätter wegen nichtberechtigter, aufreizender Veröffeentlichungen Kaiser Wilhelm I. Das Organ des Herrn Bredt hat es als chateauflos und christos bezeichnend, die Jubelfeier mitzuführen; selbst die sozialdemokratischen Blätter waren verwerflich. Man habe das unethische Volk an seiner empfindlichsten Stelle getroffen. (Lachen folgt). Die eltsässische Regierung müßte ihre Pflicht gegenüber dem deutschen Volk thun. Dem Abgeordneten Bredt sei es nicht unmöglich gemacht worden, zu sprechen; nur eine geringe Verlesung sei ihm verboten worden und zwar aus barmherzigen Gründen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Bredt (Erl.) Der Herr Regierungsvizepräsident hat sich darüber beklagt, daß der Abg. Bredt bei Gelegenheit dieser Beratung Dinge zur Sprache gebracht habe, die nicht zur Sache gehören. Bei einer solchen Auffassung ist es um so schwerer zu begreifen, daß er selber eine Verlesung Bredts zu vermeiden suchte, die vor einigen Monaten gefällig ist. Uebrigens hat der Abgeordnete Bredt vollkommen im Rechte wenn er die Regierung der beiden Blätter bei dieser Gelegenheit zur Sprache brachte. Er wollte damit nachweisen, daß der Landesauschuss in seiner gegenwärtigen Gestalt nicht in der Lage sei, solche Vorgänge zu verwalten. Was nun das Verbot der beiden Blätter anlangt, so bezieht sich, das in den Blättern ist, was die Regierungsvizepräsident verurteilt und als Grund des Verbotes bezeichnet. Es handelt sich nur um einen Vorwand. In den Artikeln war keine Schmäderung des Kaisers Wilhelm I. enthalten. Die vorgetragenen Stellen sind aus dem Zusammenhange gerissen, genau so, wie es die offizielle Straßburger Post zur Verherrlichung der Unterdrückung hat. Die beiden Artikel geben nur die einzelne Darstellung des Hauptpunktes der beiden Blätter. Es wurde gegen sie nur das höchste Appellations III. angewandt. Die offiziellen Organe haben in einer solchen Weise die Thaten des Kaisers Wilhelm I. und gerade seine Schlachttaten und Siege, verächtlich und für die Entwürdigung eines Mannes Stimmung gemacht, daß es verstandlich ist, wenn die beiden Blätter Stellung dagegen genommen haben. Heute hat der Regierungsvizepräsident darauf hingewiesen, daß das Volk in seiner Mehrheit sich um den Zensur Artikel beklagt. Warum dann die Unrechtmäßigkeit? Grollt es sich nur um wenige, die hinter Heine Demen stehen, dann besteht ein solcher Beschluß in nur ein paar nach Spalten schreiben. Es waren freilich nicht die beiden Blätter, die haben vor allem denen, die unabhängig denken, aus dem Herzen gesprochen. Nun zu einer anderen Angelegenheit. Der Herr Staatssekretär v. Büttner hat sich im Landesauschuss mit seiner Person befähigt. Ich habe darauf hingewiesen, daß der Mitglieder zu ihrem Recht im Landesauschuss ihren nicht das Mandat der Provinzialparlamenten abgeben ist, die sie gemacht haben. Die Gemeindevorstände von vier Städten sind nämlich insoweit zum Teil

erneuert worden und haben eine andere Zusammensetzung bekommen. Ich hatte mich auf die Staatssekretäre Leon und

Abhandeln, die gewöhnlich der Ansicht sind, daß die Mandate in solchen Fällen abzugeben sind. Der v. Büttner war nun recht erboht auf mich, daß ich die Sache angegriffen habe und wozu mir in einer langen Rede vor, daß ich als Reichstags Abgeordneter die Pflicht hätte, mich um die staatsrechtlichen Zustände des Landes zu kümmern. In solchen Lagen zu polemisieren, sind die Herren des Landesauschusses gewöhnt. Es ist ihnen zur zweiten Natur geworden. Die Folgen haben wir ja bei Herrn v. Büttner gesehen. Ich verbitte mir jede Verlesung von dem Herrn Staatssekretär darüber, was meine Pflicht als Reichstagsabgeordneter ist. Für einen Urteil darüber bin ich keineswegs aber nicht zu glauben, daß er das überhaupt nicht eines Bundesstaates sondern einer russischen Provinz ist. Bergleich habe ich zweimal bei im Reichstags um Auskunft über die Angelegenheit gebeten. Der eltsässische Regierungsvertreter hat geantwortet, wie es überhört die gegen die Regierung wohlhabend ist unangenehme Dinge loszusprechen. In der Sache habe ich Herrn v. Büttner gegenüber vollkommen recht, so weit ich weiß und gelebt er seine geistliche Auffassung auch zu rechtfertigen vermag. Aber nicht den eingebundenen Nachweis durch Verlesung eines Glanz aus den Worten der oben genannten Staatssekretäre. Ich bin nicht im Landesauschuss gegen den Reichstag ins Auge gefasst hat, ist sehr charakteristisch. Der Landesauschuss hat sich sogar des wichtigsten Rechtes beraubt, die Steuern immer von neuem festzusetzen und hat dies für einige Jahre in die Hand der Regierung gelegt. Das eltsässische Volk und die lange gegen die gegenwärtigen Oppositionen, bis sie befreit sind. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Winterer (Erl.) bietet ebenfalls, Elsaß Lothringen auch für einen Landesauschuss eine direkt gewählte Vertretung zu geben, nachdem es ein solches System für die Wahlen in der Gemeinde, im Kreislandtag und für den Reichstag schon seit einem halben Jahrhundert hat. (Beifall links.)

Abg. Bredt (Erl.) Ich fühle mich genötigt wider meinen Willen in die Debatte einzutreten. Der Abg. Winterer hat sich am 30. März darüber beklagt, daß die Antikemiten von Seiten der Straßburger Polizei sehr schlecht behandelt wurden, und die Sozialdemokraten, wozu der Abg. Bredt, sehr unehrenhaft. Das gerade Gegenteil ist noch meiner Erinnerung der Fall. Ich habe das schon in einer vor Eröffnung gesagt. Die Maßnahmen der Straßburger Polizei haben es ermöglicht, daß ich in einer Verlesung zu meinen Bekannten sprechen konnte. Herr Regierungsvizepräsident hat nun auf Grund einer Mitteilung der Straßburger Polizeivorstände gemeint, ich müßte meine Ausfahrungen von damals zu widerrufen. Ich brauche kein Wort von dem zurückzunehmen, was ich am 30. März wirklich gesagt habe. Die Erfahrungen des Straßburger Polizeivorstandes treffen meine Ausfahrungen gar nicht. Im Mai 1896 wurde eine von uns angemeldete Vertretung nicht genehmigt, was nach der Ansicht des Reichstagspräsidenten ein ähnliches Unrecht hätte ertragen können, wie endlich in Paris. Man sollte aber die Behandlung unter freiem Himmel stattfinden, in einem großen Garten (Grollt links), ein solches Unrecht hätte also nicht ertragen können. Die Polizei hat aber auch auf Grund ihrer Ausfahrungen die Arbeit in der Hand, sie kann nicht jeden Augenblick die Konvention ansetzen, daß diese gar nicht mehr wegen, ihr Lokal zu Verlesungen betrogen. So hat die Polizei freilich seine Gelegenheit gehabt, spätere Verlesungen zu verhindern, weil kein Wort geäußert wurde, in dessen Folge ich hätte sprechen können. Sonstige öffentliche Organe werden bestraft nur bei uns, niemals bei den anderen Parteien geteilt gemacht. Der Herr Regierungsvizepräsident hat heute ausserordentlich unglücklich gehandelt, ich habe überhaupt den Eindruck, daß er schon vielfach besser gethan hätte, seine Ausfahrungen zu beschließen. (Grollt links; Zustimmung links.) Zur Charakteristik der Haltung des v. Büttner anlangend, der dem Vertreter der gebildeten Stadt von Elsaß Lothringen zu sein wurde, habe ich noch eine Anzahl von Entwürfen vorgelesen. Unsere Vorlesungen haben den Bericht gemacht, bei meiner Anwesenheit eine

Bersammlung im Pöbischen abzuhalten. Das wurde ihnen un-möglich gemacht mit Hilfe der Polizeistunde.

Reiter: Man war ich damals aus dem Eisenbahnkoupee ge-liegen, als ein Fremdpolizei erschien und mich nach dem Hotel eskortierte. Und so hat er mich bei jedem Ausgange auf dem ganzen Weg, auf der Wiederholung auf Schritt und Tritt begleitet. Ich der Abreise wurde mir von meinen Freunden ein Vertreter der Straßburger Polizei angelegt, der es für angezeigt gehalten hatte, da in seiner Person zu promulieren, um die Abreise dieses gefährlichen Menschen zu überwachen. (Grollt links.) Das ist eine Schand- und eine Schande. (Sehr richtig! links.) Der Reichstag muß dagegen protestieren; er muß dafür sorgen, daß diesen Schandthaten ein Ende bereitet wird. (Brauo! links.) Der Regierungsvertreter hat weiter gesagt, die Regierung würde ihre Pflicht nicht gelassen haben, wenn sie bei beiden Zeitungen, die jene Zensurartikel gebracht hatten, nicht unterdrückt hätte. Er tritt sich ganz gewaltig, wenn er glaubt, daß die Zensurartikel den allgemeinen Willen geüben hat. Schon die deutsche Sozialdemo-krate repräsentiert mit ihren 26 Pros., familiärer Wähler einen sehr großen Bruchteil des deutschen Volkes. Aber auch noch an- dere Kreise haben sich dagegen gemeldet. Es ist sehr die Frage, ob die Majorität sich an diesen Stellen beteiligt hat. Der Herr Regierungsvertreter wußte den Erfolg seiner Rede ja aus der Ab-stimmung sehen. Er wird den Grund geminnen, daß auch bei dieser Beratung die große Majorität für den Antrag stimmt, weil sie es endlich müde ist, einen Zustand aufrecht zu halten, daß der Reichstag keine festere Zeit damit verbringt, in jedem Jahre das-selbe von neuem zu beschließen. (Sehr richtig! links.) Das sind die alten v. Büttner Regierungsvizepräsidenten die man am liebsten auf das ganze Reich ausbreiten möchte. Sie haben es bewirkt, daß man die Mehrzahl der Wähler noch immer nicht auf die Seite des deutschen Volkes bekommen hat. Nichts ist für mich ge- wonnen. Aber dieses Mißverständnis herrscht überall. Gehen Sie nach Süddeutschland, von Norddeutschland will ich gar nicht reden, nach Sie, wie die Stimmung in Bezug auf das Deutsche Reich in den letzten Jahren umgeschlagen ist. (Beifall links.) Hier in Elsaß haben Sie das Ideal noch man am liebsten das gesamte Deutschland regieren und zu Grunde richten möchte. Stimmen Sie mit großer Majorität für den Antrag, dann diese Zustände im Elsaß, die eine Schand- und eine Schande für das ganze Reich sind, endlich einmal beseitigt werden. (Lobhast Beifall links.)

Gemeiner Ober-Reg.-Rat Groll: Der Abg. Bredt hat am 30. März behauptet, die Abhaltung einer Vertretung sei ihm durch die Unfähigkeit der Straßburger Polizei unmöglich gemacht worden. Ich frage, ob der Abg. Bredt auch heute diesen Beweis für die Behauptung schuldig geblieben ist. (Lachen auf der ganzen linken Seite des Hauses.)

Der Antrag Colbus wird mit großer Majorität, auch in der Gesamtversammlung angenommen. Dagegen stimmen nur die Sozialdemokraten und Nationalliberalen.

Es folgt die zweite Beratung des von dem Abg. v. Borhoff und Graf v. Dönhoff eingebrachten Gegenentwurfs betreffend den Handel mit Margarine. Die Beratung wird fortgesetzt mit der namentlichen Abstimmung über den Antrag auf Einführung geteilter Verkaufsstellen für Butter und Margarine in Städten über 5000 Einwohner. Die Abstimmung wird schon in einer früheren Sitzung in Aussicht genommen worden, aber an der Beschlußfähigkeit des Hauses gescheitert.)

Der Antrag wird mit 142 Stimmen gegen 100 Stimmen angenommen. Der Abstimmung enthielten sich 6 Abgeordnete. Dagegen stimmte die gesamte Linke, ein Teil des Zentrums und der Nationalliberalen; ebenso wird der durch den oben erwähnten Antrag abgeleitete § 4 angenommen.

Debatte über § 5 genehmigt.
§ 6 (letzte Fassung) lautet: Margarine und Margarinfette, welche zu Handelszwecken bestimmt sind, müssen einem die allge-meinen Eigenschaften der Butter mittels chemischer Untersuchungen erreichbaren Beschaffenheit und Farbe entsprechen nicht fälschen den Zusatz enthalten. Die näheren Bestimmungen hierüber werden vom Bundesrat erlassen und im Reichs-Veröffentlichungsblatt veröffentlicht.

Hervorragend schöne

Wasch-Kleiderstoffe

in grosser Mannigfaltigkeit, gediegenstem Geschmack und zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

Jackets, Kragen, Regen- u. Staubmäntel, Kinderjackets, Blusen, Costumes, Jupons, Morgenröcke

in den neuesten, geschmackvollsten Façons vom einfachsten bis hochelegantesten Genre.

Verkauf wie bekannt zu allerbilligsten, festen Preisen.

Jedes am Lager befindliche Stück ist mit deutlicher Preisangabe versehen, dadurch wird der Einkauf sehr erleichtert und ist jeder, auch der Nichtkennner, vor Vertauschung geschützt.

Brummer & Benjamin

grosse Ulrichstrasse 23, Part. u. 1. Etage.

